



Internet-Enquete analysiert die Arbeitswelt von morgen

Nachricht, 12. Dezember 2011

Von Philipp Zimmermann

Der digitale Wandel ist nicht nur eine Spielwiese für Computernerds, sondern er hat tiefgreifende Auswirkungen auf sämtliche Bereiche der Gesellschaft. Nicht zuletzt auch auf die Arbeitswelt, wie bei der Anhörung der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ am 12. Dezember deutlich wurde.

Digitale Technologien haben Arbeitsprozesse nachhaltig verändert. Häufig ist es dabei zu einer Entgrenzung der Arbeit gekommen. Während früher nur am Arbeitsplatz gearbeitet wurde, wächst mittlerweile der Druck auf Arbeitnehmer, permanent online erreichbar zu sein. Immer wichtiger wird es, dieser Entgrenzung von Arbeit nicht einfach zuzuschauen oder sie sogar zu befördern, sondern stattdessen zu fragen, wie eine zeitgemäße Work-Life-Balance aussehen könnte. In welchen Konstellationen bietet zum Beispiel Heimarbeit einen Vorteil für Arbeitnehmer? Bleibt das Recht erhalten, krank im Bett liegen zu dürfen? Gerade bei kleinen Betrieben ist das mittlerweile schon kaum noch

möglich. Für Arbeitnehmer entstehen zahlreiche weitere Herausforderungen. Wie gehe ich mit neuen Freiräumen um? Wie wird im Team kollaborativ gearbeitet? Auch der Umgang mit dem Netz als Arbeitsmittel muss in vielen Fällen erst noch erlernt werden, besonders von älteren Menschen. Soll man sich auf Facebook mit dem eigenen Chef anfreunden? Wie funktioniert die neue Softwareversion des eigenen E-Mail-Programms?

Ex-IBM-CTO Günter Dueck, SpiegelNet-Geschäftsführer Heiko Hebig, Frederic Hanika von der Software AG, Tom Kirschbaum von Penelope Ventures, die Wissenschaftlerin Ruth Stock-Homburg und Holger Eggerichs vom Lübecker Projekt „cloudsters“ waren als Experten eingeladen. Ein einfaches Lösungsrezept hatten indes auch sie nicht vorzuweisen. Einigkeit bestand darüber, dass an Schulen, Hochschulen und in der Ausbildung dringend mehr in die Bildung investiert werden muss. Das gegenwärtige Bildungssystem werde dem digitalen Zeitalter kaum noch gerecht. Medienkompetenz und „Softskills“ müssten frühzeitig in die Bildung einfließen – reine Wissensvermittlung reiche im digitalen Zeitalter nicht mehr aus.

Doch auch die Chancen des digitalen Wandels wurden in der Anhörung deutlich. Die kreativen Freiräume vernetzten Arbeitens eröffnen beispielsweise Städten und Kommunen ganz neue Perspektiven. Von diesen erzählte Holger Eggerichs, der in Lübeck den gemeinnützigen Verein Lubeca e.V. gegründet hat. Lubeca betreibt das Projekt „cloudsters“, ein Netzwerk, das Unternehmen und Zivilgesellschaft auf kommunaler Ebene zusammenbringen will. Mit einem Co-Working-Space, also einem großen Büro zum gemeinsamen Arbeiten in physischer Form, und online Tools für den digitalen Raum, schaffte der Verein es, neue Formen der Arbeit auch auf städtischer Ebene zu verankern. Cloudsters

setzt also nicht nur auf gemeinsames Arbeiten, sondern auch auf die Herausbildung von Netzwerken. So soll die Lebenswelt aktiv mitgestaltet und damit auch das Leben in der Kommune gemeinsam neu organisiert werden.

Neben der Anhörung stand als zweites großes Thema der Datenschutz auf dem Programm der gestrigen Sitzung. Die Abstimmung über die Handlungsempfehlungen für den Bericht der Projektgruppe war schon mehrmals vertagt worden. Einige dieser Empfehlungen wurden nun im Konsens aller Fraktionen und Sachverständigen verabschiedet. Bei dem größeren Teil konnte allerdings kein Konsens gefunden werden. Dort wurden alternative Texte von der Koalition auf der einen und der Opposition aus SPD, DIE LINKE und Grüne auf der anderen Seite zur Abstimmung gestellt. Der von der FDP benannte Sachverständige padeluun stimmte bei vielen Abschnitten dem Votum der Opposition zu, was zu einem Patt in den Abstimmungen führte (17 zu 17 Stimmen). Oft wurden also zu einzelnen Sachfragen keine mehrheitliche Entscheidung der Enquete-Kommission getroffen, weshalb dort nun zwei alternative Texte im Bericht erscheinen werden. DIE LINKE konnte sich so mit wichtigen Forderungen etwa zu einem verpflichtenden „privacy by default“, einer weiteren Diskussion über den so genannten Datenbrief oder dem Stärkeren Datenschutz für Kinder und Jugendliche leider nicht durchsetzen.